

Kommuniqué

der Tagung des Politischen Beratenden Ausschusses der
Teilnehmerstaaten des Warschauer Vertrages

Am 10. und 11. Juni 1986 fand in Budapest eine Tagung des
Politischen Beratenden Ausschusses der Teilnehmerstaaten
des Warschauer Vertrages über Freundschaft, Zusammenarbeit
und gegenseitigen Beistand statt.

An der Tagung nahmen teil:

von der Volksrepublik Bulgarien - Todor Shiwkow, General-
sekretär des Zentralkomitees der Bulgarischen Kommunistischen
Partei, Vorsitzender des Staatsrates der Volksrepublik
Bulgarien, Leiter der Delegation; Georgi Atanassow, Mitglied
des Politbüros des ZK der BKP, Vorsitzender des Ministerrates
der VRB; Petyr Mladenow, Mitglied des Politbüros des ZK der
BKP, Minister für Auswärtige Angelegenheiten der VRB;
Milko Balew, Mitglied des Politbüros und Sekretär
des ZK der BKP; Dobri Dshurow, Mitglied des Politbüros des
ZK der BKP, Minister für Volksverteidigung der VRB; Dimityr
Stanischew, Sekretär des ZK der BKP;

von der Ungarischen Volksrepublik - János Kádár, General-
sekretär der Ungarischen Sozialistischen Arbeiterpartei,
Leiter der Delegation; György Lázár, Mitglied des Politbüros
des ZK der USAP, Vorsitzender des Ministerrates der UVR;

Mátyás Szűrös, Sekretär des ZK der USAP; Péter Várkonyi, Mitglied des ZK der USAP, Minister für Auswärtige Angelegenheiten der UVR; Ferenc Karpati, Mitglied des ZK der USAP, Minister für Verteidigung der UVR;

von der Deutschen Demokratischen Republik - Erich Honecker, Generalsekretär des Zentralkomitees der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, Vorsitzender des Staatsrates der Deutschen Demokratischen Republik, Leiter der Delegation; Willi Stoph, Mitglied des Politbüros des ZK der SED, Vorsitzender des Ministerrates der DDR; Hermann Axen, Mitglied des Politbüros und Sekretär des ZK der SED; Heinz Keßler, Mitglied des Politbüros des ZK der SED, Minister für Nationale Verteidigung der DDR; Egon Krenz, Mitglied des Politbüros und Sekretär des ZK der SED, Stellvertreter des Vorsitzenden des Staatsrates der DDR; Günter Mittag, Mitglied des Politbüros und Sekretär des ZK der SED, Stellvertreter des Vorsitzenden des Staatsrates der DDR; Oskar Fischer, Mitglied des ZK der SED, Minister für Auswärtige Angelegenheiten der DDR;

von der Volksrepublik Polen - Wojciech Jaruzelski, Erster Sekretär des Zentralkomitees der Polnischen Vereinigten Arbeiterpartei, Vorsitzender des Staatsrates der Volksrepublik Polen, Leiter der Delegation; Zbigniew Messner, Mitglied des Politbüros des ZK der PVAP, Vorsitzender des Ministerrates der VRP; Józef Czyrek, Mitglied des Politbüros und Sekretär des ZK der PVAP; Marian Orzechowski, Kandidat des Politbüros des ZK der PVAP, Minister für Auswärtige Angelegenheiten der VRP;

Florian Siwicki, Kandidat des Politbüros des ZK der PVAP,
Minister für Nationale Verteidigung der VRP;

von der Sozialistischen Republik Rumänien - Nicolae Ceaușescu,
Generalsekretär der Rumänischen Kommunistischen Partei,
Präsident der Sozialistischen Republik Rumänien, Leiter der
Delegation; Constantin Dăscălescu, Mitglied des Politischen
Exekutivkomitees des ZK der RKP, Premierminister der Regierung
der SRR; Ion Stoian, Kandidat des Politischen Exekutivkomitees
und Sekretär des ZK der RKP; Vasile Milea, Kandidat des Politi-
schen Exekutivkomitees des ZK der RKP, Minister für Nationale
Verteidigung der SRR; Ilie Vaduva, Mitglied des ZK der RKP,
Minister für Auswärtige Angelegenheiten der SRR; Nicolae Veres,
Botschafter der SRR in der UVR;

von der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken - M. S.
Gorbatschow, Generalsekretär des Zentralkomitees der Kommuni-
stischen Partei der Sowjetunion, Leiter der Delegation;
A. A. Gromyko, Mitglied des Politbüros des ZK der KPdSU,
Vorsitzender des Präsidiums des Obersten Sowjets der UdSSR;
N. I. Ryshkow, Mitglied des Politbüros des ZK der KPdSU,
Vorsitzender des Ministerrates der UdSSR; E. A. Schewardnadse,
Mitglied des Politbüros des ZK der KPdSU, Minister für Aus-
wärtige Angelegenheiten der UdSSR; S. L. Sokolow, Kandidat
des Politbüros des ZK der KPdSU, Minister für Verteidigung
der UdSSR; W. A. Medwedjew, Sekretär des ZK der KPdSU;
von der Tschechoslowakischen Sozialistischen Republik -
Gustáv Husák, Generalsekretär des Zentralkomitees der

Kommunistischen Partei der Tschechoslowakei, Präsident der Tschechoslowakischen Sozialistischen Republik, Leiter der Delegation; Lubomír Štrougal, Mitglied des Präsidiums des ZK der KPTsch, Vorsitzender der Regierung der ČSSR; Vasil Bilak, Mitglied des Präsidiums und Sekretär des ZK der KPTsch; Miloš Jakeš, Mitglied des Präsidiums und Sekretär des ZK der KPTsch; Bohuslav Chňoupek, Mitglied des ZK der KPTsch, Minister für Auswärtige Angelegenheiten der ČSSR; Milan Vaclavík, Mitglied des ZK der KPTsch, Minister für Nationale Verteidigung der ČSSR.

An der Tagung nahmen auch der Oberkommandierende der Vereinten Streitkräfte der Teilnehmerstaaten des Warschauer Vertrages, Marschall der Sowjetunion V. G. Kulikow, und der Generalsekretär des Politischen Beratenden Ausschusses, der Stellvertreter des Minister für Auswärtige Angelegenheiten der Ungarischen Volksrepublik, Miklós Barity, teil.

Es fand ein Meinungsaustausch über die Lage in Europa und in der Welt statt. Erörtert wurden aktuelle Aufgaben des Kampfes für Abrüstung, für die Umgestaltung der internationalen Beziehungen, die Festigung der europäischen und internationalen Sicherheit und die Entwicklung der Zusammenarbeit zwischen den Staaten.

I.

Die Teilnehmer der Tagung äußerten ihre ernste Besorgnis über die in der Welt entstandene gespannte Lage. Sie ist Folge der Aktivitäten der USA und der NATO, die das Wett-rüsten, vor allem auf nuklearem Gebiet, verstärken. Sie weigern sich, den Weg der Zügelung des Wettrüstens, der Verhinderung seiner Ausdehnung auf den Weltraum und der Einstellung der Nukleartests zu beschreiten, und weichen einer konstruktiven Antwort auf eine so bedeutsame Initiative, wie das von der UdSSR vorgeschlagene Programm zur vollständigen Beseitigung der Massenvernichtungswaffen bis zum Ende des XX. Jahrhunderts, aus. Die Stationierung amerikanischer Mittelstreckenraketen in Europa wird fortgesetzt. Es häufen sich Akte imperialistischer Gewaltpolitik, der groben Einmischung in die inneren Angelegenheiten anderer Staaten. Die Hoffnungen der Völker auf reale Schritte zur Abrüstung und zur Wiederbelebung der Entspannung, die durch das sowjetisch-amerikanische Treffen auf höchster Ebene in Genf und seine grundsätzlichen Vereinbarungen geweckt wurden, haben sich bis jetzt nicht erfüllt.

Die Welt hat eine solche Phase ihrer Entwicklung erreicht, in der ein Ausweichen vor der Lösung der Grundfragen der Gegenwart das Schicksal der gesamten Zivilisation aufs Spiel setzt. Unter den heutigen Bedingungen kann kein Staat und keine Staatengruppe Sicherheit und Gedeihen darauf aufbauen, anderen Ländern und Völkern mit militärischer Gewalt

ihren Willen zu diktieren. Eine solche Politik - gleich ob man sie "Neoglobalismus" oder anders nennt - ist aussichtslos und für die Menschheit unheilvoll.

Grundlegende Aufgabe unserer Zeit ist es, den Frieden zu schützen, das Wettrüsten zu beenden und zu konkreten Abrüstungsmaßnahmen, in erster Linie auf nuklearem Gebiet, überzugehen. Sie kann gelöst werden. Es ist möglich, die Tendenz des Anwachsens der Kriegsgefahr umzukehren und die internationalen Beziehungen in die Bahnen der Entspannung zurückzuführen. Die Menschheit kann und muß den Weg zu einem nuklearen Inferno versperren.

Die Teilnehmer der Tagung sind fest überzeugt, daß zuverlässige Sicherheit für alle Länder und Völker sowie friedliche Bedingungen für ihre Entwicklung und ihren Fortschritt nur mit politischen Mitteln, durch gemeinsame Anstrengungen aller Staaten gewährleistet werden können. Diese Position trägt den Realitäten des Atomzeitalters Rechnung und ist ein Beweis der hohen Verantwortung für das Schicksal ihrer Völker, für die Geschicke der ganzen Menschheit.

In der gegenwärtigen Situation gibt es keine vernünftige Alternative zur friedlichen Koexistenz der Staaten. Heute ist es mehr denn je erforderlich, die Prinzipien der Achtung der

nationalen Unabhängigkeit und Souveränität, des Verzichts auf die Anwendung oder Androhung von Gewalt, der Unverletzlichkeit der Grenzen und der territorialen Integrität, der friedlichen Streitbeilegung, der Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten, der Gleichberechtigung und die anderen allgemein anerkannten Normen der internationalen Beziehungen strikt einzuhalten.

II.

Die Teilnehmerstaaten des Warschauer Vertrages bekräftigen die Aktualität der Ziele und Aufgaben, die in der Erklärung der Tagung des Politischen Beratenden Ausschusses in Sofia vom 23. Oktober 1985 gestellt wurden. Sie halten es für ihre Pflicht, beharrlich und konsequent dafür zu ringen, die nukleare Bedrohung zu beseitigen, eine Wende zum Besseren in Europa und in der Welt herbeizuführen und eine fruchtbringende Zusammenarbeit zwischen den Staaten zu entwickeln. Die verbündeten sozialistischen Staaten streben die Schaffung eines allumfassenden Systems der internationalen Sicherheit an, das sowohl das militärische und politische als auch das ökonomische und humanitäre Gebiet umfaßt. Die außenpolitische Linie der Bruderländer, die in den Beschlüssen der Parteitage ihrer regierenden Parteien verankert ist, zielt darauf, eine für alle sichere Welt - eine Welt ohne Waffen und ohne Kriege - zu errichten.

Die Teilnehmer der Tagung treten entschlossen dafür ein, den politischen Dialog zwischen Staaten unterschiedlicher Gesellschaftsordnung fortzusetzen und zu vertiefen, ihn so konkret und ergebnisreich wie möglich zu gestalten. Das gilt sowohl für die in Genf zwischen der UdSSR und den USA begonnenen Kontakte auf höchster Ebene als auch für die multilateralen und bilateralen Verhandlungen zwischen den europäischen Staaten.

III.

Die auf der Tagung vertretenen Staaten sind bereit, mit den anderen Ländern umfassend zusammenzuwirken, um das Wettrüsten auf der Erde zu beenden, es im Weltraum zu verhindern und zur Abrüstung überzugehen. Sie rufen dazu auf, die Anstrengungen vor allem in folgenden Richtungen zu vereinen:

- Beendigung aller Nukleartests. Das wäre ein großer und zugleich leicht zu realisierender Schritt zur nuklearen Abrüstung und würde die Vervollkommnung und Schaffung neuer Arten von Kernwaffen verhindern. Der Weg zur Lösung dieser Aufgabe führt über ein beiderseitiges Moratorium der UdSSR und der USA für nukleare Explosionen sowie über die unverzügliche Aufnahme von Verhandlungen über ein vollständiges Verbot dieser Tests unter strengster Kontrolle. Die Teilnehmer der Tagung begrüßen die erneute Verlängerung des einseitigen Moratoriums durch die Sowjetunion und appellieren an die USA, sich diesem anzuschließen. Zugleich rufen sie alle anderen kernwaffenbesitzenden Staaten auf

die Nukleartests einzustellen und sich dafür einzusetzen, schnellstmöglich ein Abkommen über ihr umfassendes Verbot abzuschließen.

- Vollständige Beseitigung der sowjetischen und amerikanischen Mittelstreckenraketen in der europäischen Zone auf beiderseitiger Grundlage in dem Verständnis, daß Großbritannien und Frankreich ihre entsprechenden nuklearen Rüstungen nicht aufstocken und die USA ihre Raketen - die strategischen und die mittlerer Reichweite - nicht an andere Länder weitergeben. Im Falle der vollständigen Beseitigung der amerikanischen Mittelstreckenraketen in Europa werden auch die sowjetischen operativ-taktischen Raketen größerer Reichweite von den Territorien der DDR und der CSSR entfernt.
- Erzielung konkreter Vereinbarungen in den sowjetisch-amerikanischen Verhandlungen über nukleare und Weltraumwaffen, die die Interessen beider Seiten und aller anderen Staaten berücksichtigen. Die Teilnehmerstaaten des Warschauer Vertrages bekräftigen ihre Treue zu den Verträgen und Abkommen auf dem Gebiet der Rüstungsbegrenzung und Abrüstung. Sie rufen die USA nachdrücklich zur strikten Einhaltung der Abkommen zur Begrenzung der strategischen Rüstungen auf. Gefährlichen Charakter haben das "Sternenkriegs"-Programm zur Schaffung von Weltraumangriffswaffen, die Einbeziehung anderer Staaten in dieses Programm sowie die Ausarbeitung solcher Projekte wie der "Europäischen Verteidigungsinitiative" in einer Reihe westeuropäischer Länder. Der Weltraum muß für friedliche Zwecke, zum Wohle der ganzen Menschheit genutzt werden.

- Beseitigung der chemischen Waffen sowie der industriellen Basis für ihre Herstellung noch in diesem Jahrhundert. Es ist dringend erforderlich, die Anstrengungen zur erfolgreichen Beendigung der Verhandlungen über den Abschluß einer internationalen Konvention auf der Genfer Konferenz zu verstärken und sich aller Handlungen zu enthalten, die ein vollständiges Verbot und die Beseitigung der chemischen Waffen behindern. Die Teilnehmer der Tagung sind konsequent gegen eine weitere Aufstockung der Arsenale dieser Massenvernichtungswaffen und gegen ihre Stationierung auf den Territorien anderer Staaten. Sie appellieren an die Länder der NATO, auf die Verwirklichung der Pläne zur Produktion von Binärwaffen, einer besonders gefährlichen Variante der chemischen Waffen, sowie auf ihre Stationierung in Europa zu verzichten.
- Bedeutende Reduzierung von Streitkräften und konventionellen Rüstungen auf globaler und regionaler Ebene. Die Teilnehmerstaaten des Warschauer Vertrages schlagen vor, mit einer solchen Reduzierung in Europa zu beginnen, wo die Konzentration der Streitkräfte und Rüstungen ein besonders gefährliches Ausmaß erreicht hat. Die Tagung nahm zu dieser Frage einen Appell an die Staaten der NATO und alle europäischen Länder an.]
- Effektive Kontrolle auf allen Gebieten und in allen Etappen der Reduzierung der Rüstungen sowie der Abrüstung durch nationale technische Mittel wie auch internationale Verfahren bis hin zu Inspektionen vor Ort. Die auf der Tagung vertre-

tenen Staaten sind bereit, auch beliebige zusätzliche Kontrollmaßnahmen zu vereinbaren.

Die Teilnehmerstaaten bekräftigen ihren Standpunkt, daß im Weltmaßstab die Anstrengungen zur Beseitigung der ausländischen Militärstützpunkte und zum Abzug der Truppen von fremden Territorien fortgesetzt werden müssen.

Praktische Schritte zur Reduzierung der Rüstungen und zur Abrüstung würden es ermöglichen, gewaltige Ressourcen für friedliche, schöpferische Zwecke freizusetzen, darunter zur Beseitigung der ökonomischen Rückständigkeit in vielen Regionen der Welt. Die Teilnehmer der Tagung messen der Durchführung einer internationalen Konferenz über Abrüstung und Entwicklung, wie sie im Beschluß der UNO vorgesehen ist, große Bedeutung bei.

Die besorgniserregende internationale Lage gebietet mit Nachdruck: Die bestehenden bilateralen und multilateralen Verhandlungsgremien zu Fragen der Begrenzung und Reduzierung der Rüstungen und zur Abrüstung müssen wirksam arbeiten und dürfen nicht als Deckmantel für das Wettüsten mißbraucht werden.

IV.

Als eine der zentralen Aufgaben ihrer Außenpolitik betrachten die Teilnehmerstaaten des Warschauer Vertrages die Festigung der Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa. Sie treten dafür ein, das Niveau der militärischen Konfrontation auf dem Kontinent zu senken, die hier vorhandenen militärischen Potentiale zu reduzieren und auf dem Wege zur vollständigen Befreiung

Europas von nuklearen und chemischen Waffen unbeirrt voranzuschreiten. Der Festigung der Stabilität und des Vertrauens wäre es dienlich, wenn auf dem Balkan, in Mitteleuropa, in Nordeuropa und in anderen Regionen des Kontinents Zonen geschaffen würden, die von diesen Massenvernichtungswaffen frei sind. Darauf sind die unlängst unterbreiteten Vorschläge der DDR und der CSSR sowie der VRB und der SRR gerichtet, die von den Teilnehmerstaaten der Tagung unterstützt werden.

Die Entspannung auf dem Kontinent würde gefördert, wenn in den Wiener Verhandlungen über die Reduzierung der Streitkräfte und Rüstungen in Mitteleuropa gegenseitig annehmbare Vereinbarungen erreicht würden.

Ein positiver Abschluß der ersten Etappe der Stockholmer Konferenz würde dazu beitragen, das Vertrauen und die Sicherheit in Europa zu festigen und günstigere Bedingungen zu schaffen, um zur Behandlung von Fragen der Abrüstung im gesamteuropäischen Rahmen überzugehen.

Solange es in Europa einander gegenüberstehende militärische Gruppierungen gibt, bleibt der Vorschlag der Teilnehmerstaaten des Warschauer Vertrages, mit den Ländern der NATO einen Vertrag über die gegenseitige Nichtanwendung militärischer Gewalt und die Aufrechterhaltung friedlicher Beziehungen abzuschließen, der auch den anderen Staaten offenstehen würde, aktuell. Im Interesse des Abbaus der gegenwärtigen Spannungen

treten die Teilnehmer der Tagung für die Fortsetzung und Entwicklung des Dialogs zwischen den Teilnehmerstaaten des Warschauer Vertrages und den Mitgliedsländern der NATO ein, einschließlich der Herstellung direkter Kontakte zwischen den beiden Organisationen, um entsprechende Vereinbarungen herbeizuführen.

In der entstandenen internationalen Situation halten es die auf der Tagung vertretenen Staaten für wichtig, Schritte zur Gesundung der Lage im Mittelmeerraum und zur Umwandlung dieser Region in eine Zone dauerhaften Friedens, der Sicherheit, der guten Nachbarschaft und der Zusammenarbeit zu unternehmen. Eine große Rolle könnte in diesem Zusammenhang der gleichzeitige Abzug der Seekriegsflotten der UdSSR und der USA aus dem Mittelmeer spielen.

Die sozialistischen Länder messen dem in Wien bevorstehenden Treffen von Vertretern der Teilnehmerstaaten der Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa große Bedeutung bei. Sie sind bereit, ihren Beitrag zur weiteren ausgewogenen Entwicklung des gesamteuropäischen Prozesses in allen Bereichen der Zusammenarbeit zu leisten, die in der Schlußakte von Helsinki vorgesehen sind.

Neue Möglichkeiten der gegenseitig vorteilhaften Zusammenarbeit würde die Herstellung offizieller Beziehungen des Rates für Gegenseitige Wirtschaftshilfe und einzelner Mitgliedsländer des RGW zur Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft eröffnen.

Der Festigung des Vertrauens und der gegenseitigen Verständigung sowie gutnachbarlichen Beziehungen in Europa widersprechen Aufrufe, die Grenzen zwischen den europäischen Staaten zu revidieren und ihre sozialpolitische Ordnung zu ändern. Die Nachkriegsgrenzen auf dem Kontinent sind unverletzlich. Die Achtung der bestehenden politisch-territorialen Realitäten ist eine notwendige Bedingung für dauerhaften Frieden in Europa und für normale Beziehungen zwischen den europäischen Staaten. Die Aktivitäten revanchistischer Kräfte, vor allem in der Bundesrepublik Deutschland, und die Ermunterung des Revanchismus, wo auch immer, laufen den Interessen der Entspannung, der Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa, dem Geist und dem Buchstaben der Schlussakte von Helsinki zuwider.

Europa bedarf der Wiederbelebung der Entspannung, des Übergangs zu einer beständigeren Phase. Nur auf diesem Wege ist es möglich, eine zuverlässige Sicherheit für alle europäischen Völker zu gewährleisten, die Spaltung des Kontinents zu überwinden und ein Europa des Friedens, der freundschaftlichen Zusammenarbeit und guten Nachbarschaft zu schaffen. Das ist ein reales Ziel. Durch aktive gemeinsame Anstrengungen kann es erreicht werden.

V.

Die führenden Repräsentanten der VRB, der UVR, der DDR, der VRP, der SRR, der UdSSR und der CSSR tauschten Meinungen zu den in der Welt bestehenden Spannungsherden und Konfliktsituationen aus und bekräftigten die Entschlossenheit ihrer Staaten, zu deren gerechter Regelung durch Verhandlungen beizutragen. Sie verurteilten die Einmischung imperialistischer Kräfte in die inneren Angelegenheiten souveräner Staaten, die gegen die sozialistischen und andere Länder gerichteten propagandistischen Verleumdungskampagnen, die Methoden des Diktats und die Aggressionsakte in verschiedenen Teilen der Welt.

Die Teilnehmer der Tagung bekräftigten den grundsätzlichen Standpunkt ihrer Staaten zu den Konflikten und Spannungsherden im Nahen und Mittleren Osten, in Südostasien, in Mittelamerika, im südlichen Afrika und in anderen Teilen der Welt, wie er in der Sofioter Erklärung dargelegt wurde. Sie sprachen sich für die Festigung des Friedens und der Sicherheit, die Entwicklung von Beziehungen der guten Nachbarschaft und Zusammenarbeit in Asien, im pazifischen Raum, in Afrika und Lateinamerika aus.

Die Teilnehmer der Tagung erklärten ihre Solidarität mit den Völkern, die gegen die imperialistische Aggressionspolitik und für Unabhängigkeit, gesellschaftlichen und ökonomischen Fortschritt, für das Recht auf freie selbständige Entwicklung ohne Einmischung von außen kämpfen.

Sie unterstrichen die wachsende Rolle der Bewegung der Nicht-paktgebundenen als bedeutender Faktor der internationalen Beziehungen. Sie gaben der Hoffnung Ausdruck, daß das Gipfeltreffen der Teilnehmer dieser Bewegung, das 1986 in Harare stattfindet, seinen Beitrag zur Festigung des Friedens und der internationalen Sicherheit leistet.

Als prinzipielle Gegner jedweden Terrorismus, vor allem des Staatsterrorismus, der die internationalen Beziehungen zu zerrütten droht, sind die auf der Tagung vertretenen Länder bereit, mit allen Staaten konstruktiv zusammenzuarbeiten, um diese gefährliche Erscheinung aus dem Leben der Weltgemeinschaft zu verbannen.

Immer wichtiger und dringender wird es, die internationalen Wirtschaftsbeziehungen zu normalisieren. Ernste Folgen für den Frieden und das gesamte System der internationalen Beziehungen bergen die wirtschaftliche Notlage der Entwicklungsländer und ihre neokolonialistische Ausbeutung in sich. Sie sind eine der tieferen Ursachen der internationalen Spannungen und Konflikte in verschiedenen Teilen der Welt. Die führenden Repräsentanten der auf der Tagung vertretenen Staaten sind für die demokratische Umgestaltung des gesamten Systems der internationalen ökonomischen Beziehungen. Sie treten für die Errichtung einer neuen Weltwirtschaftsordnung, die allen Staaten gleiche ökonomische Sicherheit gewährleistet, für die Beseitigung der Unterentwicklung sowie für die globale und

gerechte Regelung des Problems der Auslandsverschuldung ein. Sie sprechen sich nachdrücklich dafür aus, alle Formen der Diskriminierung, der Politik des Boykotts und der Sanktionen, hoher Zinssätze und der Schaffung künstlicher Hindernisse auf dem Gebiet des wissenschaftlich-technischen und technologischen Austausches aus der internationalen Praxis zu beseitigen.

Die Teilnehmer der Tagung treten dafür ein, die Zusammenarbeit zwischen allen Staaten bei der Schaffung eines internationalen Regimes der sicheren Entwicklung der Kernenergie, einschließlich der Errichtung eines Mechanismus der operativen Benachrichtigung und Übermittlung von Informationen, zu entwickeln. Sie sprechen sich dafür aus, dabei die Rolle der IAEA, der UNO und ihrer Spezialorganisationen zu erhöhen. Sie sind auch für die Einberufung einer speziellen internationalen Konferenz zur Erörterung dieses gesamten Fragenkomplexes.

Die auf der Tagung vertretenen Staaten sprechen sich für die Erhöhung des Beitrages der UNO und der anderen internationalen Organisationen zur Erhaltung des Friedens, zur Beendigung des Wettrüstens und zur Abrüstung sowie für die Lösung aller vor der Menschheit stehenden globalen Probleme aus. Sie werden auch weiterhin alles tun, damit im Jahr 1986 - dem Internationalen Jahr des Friedens - eine echte Wende zum Besseren erreicht und der Frieden sicherer wird.

VI.

Auf der Tagung wurde den Fragen der Festigung der Einheit und Geschlossenheit der Teilnehmerstaaten des Warschauer Vertrages, ihres Verteidigungsbündnisses und der Entwicklung der Zusammenarbeit auf allen Gebieten besondere Aufmerksamkeit gewidmet. Hervorgehoben wurde die Bedeutung eines immer aktiveren Zusammenwirkens in den internationalen Angelegenheiten und bei der Ausarbeitung und Verwirklichung des abgestimmten außenpolitischen Kurses zur Gewährleistung der Sicherheit ihrer Völker, zur Beseitigung der Gefahr eines Kernwaffenkrieges, zur Abrüstung und Festigung des Weltfriedens.

Der unveränderte Standpunkt der Teilnehmerstaaten der Tagung bezüglich einer gleichzeitigen Auflösung des Warschauer Vertrages und der NATO wurde bekräftigt.

Die Teilnehmer der Tagung sprachen sich dafür aus, den Erfahrungsaustausch über den sozialistischen Aufbau zu erweitern, die Entwicklung und die Probleme gegenseitig umfassend kennenzulernen und die Massenmedien zu diesem Zweck intensiv zu nutzen. Sie halten es für bedeutsam, die Effektivität der ökonomischen und wissenschaftlich-technischen Beziehungen und des Kulturaustausches zu erhöhen, die Kontakte zwischen Arbeitskollektiven und der Öffentlichkeit sowie die örtlichen und touristischen Beziehungen zu erweitern und die Zusammenarbeit in anderen Bereichen zu vertiefen. Die auf der Tagung vertretenen Staaten bekräftigten ihre Bereitschaft, mit allen

anderen sozialistischen Staaten die Beziehungen, die allseitige Zusammenarbeit sowie das Zusammenwirken im Interesse des Kampfes für Frieden und Sozialismus, gegen den Imperialismus aktiv zu entwickeln.

+

+

+

Die Tagung schätzte die Arbeit des Komitees der Minister für Auswärtige Angelegenheiten und des Komitees der Minister für Verteidigung seit der letzten Tagung des PBA in Sofia positiv ein und legte deren weitere Aufgaben fest.

Der Politische Beratende Ausschuss faßte einen Beschluß zum Bericht des Oberkommandierenden der Vereinten Streitkräfte der Teilnehmerstaaten des Warschauer Vertrages über die vom Kommando geleistete praktische Arbeit.

Es ist vorgesehen, daß die Ungarische Volksrepublik als Gastgeber der Tagung den vom Politischen Beratenden Ausschuss angenommenen [Appell] sowie dieses Kommuniqué verbreitet.

Die nächste Tagung des Politischen Beratenden Ausschusses der Teilnehmerstaaten des Warschauer Vertrages findet turnusmäßig in Berlin, Hauptstadt der Deutschen Demokratischen Republik, statt. Zum Generalsekretär des PBA für die nächste Periode wurde der Vertreter der DDR, der Staatssekretär

und Erste Stellvertreter des Ministers für Auswärtige Angelegenheiten, Herbert Krolikowski, ernannt.

Die Tagung verlief in einer Atmosphäre der Freundschaft und kameradschaftlichen Zusammenarbeit. Sie demonstrierte die Einheit der Ansichten zu allen erörterten Fragen.